

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/274

A19

21. Oktober 2022

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Dr. Edgar Voß
Telefon 0211 837-2370
Telefax 0211 837-2505
edgar.voss@mkffi.nrw.de

Sitzung des Integrationsausschusses am 26.10.2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o. g. Ausschusssitzung bin ich um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Aktueller Umsetzungsstand Meldestellen gegen Rassismus in NRW“ gebeten worden.

Dieser Bitte komme ich hiermit gerne nach und übersende zur Information der Mitglieder des Ausschusses den beigefügten Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (Haltestelle Stadttor)
707 (Haltestelle Wupperstraße)

Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Aktueller Umsetzungsstand Meldestellen gegen Rassismus in NRW

Sitzung des Integrationsausschusses am 26.10.2022

Im Juni dieses Jahres startete die Konzeptionierungsphase zum Aufbau eines koordinierten Systems thematisch eigenständiger Meldestellen für verschiedene Diskriminierungsphänomene und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit den Schwerpunkten antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus, anti-Schwarzer, antiasiatischer und weitere Formen von Rassismus sowie Queerfeindlichkeit.

Zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 22. September 2022 berichtete Frau Ministerin Paul zum Sachstand (s. Vorlage 18/189).

In den seit der Berichterstattung vergangenen Wochen fanden weitere Beratungen der vier Aufbauprojekte, bestehend aus Trägerverbänden, statt. Deren Aufgabe ist es, die künftigen Meldestellen zu konzeptionieren, teils unter Beteiligung einer professionellen Prozess- und Organisationsbegleitung sowie von Vertreter*innen des Ministeriums. In diesem Rahmen haben die Trägerverbände untereinander themenbezogene Projektgruppen gegründet. Daneben setzten sie erforderliche Vernetzungsaktivitäten auf verschiedenen Ebenen und weitere Aufbauarbeiten fort.

Für die Trägerauswahl hat zwischen Januar und Februar 2022 ein umfangreiches Interessenbekundungsverfahren stattgefunden, in dem die geeignetsten und fachkundigsten Trägerverbände ausgewählt wurden. Die Mitglieder der Trägerkooperationen der Aufbauarbeiten für die künftigen Meldestellen sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Stellen landesweit aufbauen. Die Träger vernetzen sich hierbei im Rahmen der bereits begonnenen Aufbauarbeiten mit den jeweiligen Communities. Sie stellen u.a. durch die derzeit noch im Aufbau befindliche Bildung von Beiräten eine vielfältige Beteiligung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen, der Wissenschaft und Vertreter*innen der jeweiligen Communities sicher. Der Aufbau wird wissenschaftlich begleitet und von einer professionellen Prozess- und Organisationsbegleitung unterstützt.

In einer Pressemeldung des Ministeriums vom 01. September 2022 zum Start der Konzeptionierungsphase zum Aufbau der vier künftigen Meldestellen zu queerfeindlichen und rassistischen Vorfällen wurden die Trägerkooperationen vorgestellt:

Die Konzeption der Meldestelle Queerfeindlichkeit erfolgt durch das Queere Netzwerk NRW e.V. in Kooperation mit rubicon e.V., dem Lesben- und Schwulenverband NRW (LSVD NRW e.V.), der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG Lesben in NRW e.V.) sowie dem Verein Geschlechtliche Vielfalt Trans* NRW e.V. (NGVT*).

Der Aufbau der Meldestelle für antimuslimischen Rassismus wird in einem Trägerverbund der Vereine Interkultur e.V. und Coach e.V. erfolgen. Dabei wird dieser Verbund wissenschaftlich durch Prof. Dr. Kemal Bozay von der IUBH Internationale Hochschule in Düsseldorf unterstützt.

Für den Bereich Antiziganismus wird der Verein PLANB Ruhr e.V. die Aufbauarbeiten der Meldestelle verantworten. Wissenschaftlich unterstützt wird der Verein dabei durch Dr. Markus End, der unter anderem Mitglied in der von der Bundesregierung berufenen „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ war.

Die Federführung für den Aufbau der Meldestelle für anti-Schwarzen, antiasiatischen und weitere Formen von Rassismus übernimmt der Verbund der sozial-kulturellen Migrant:innenvereine Dortmund (VMDO) e.V. Er kooperiert dabei mit dem Landesverband der Netzwerke von Migrant:innenorganisationen NRW (LV NeMO e.V.), dem Anti-Rassismus Informationszentrum (ARIC e.V.), dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) sowie dem Verein kamerunischer Ingenieure und Informatiker (VKII Ruhrbezirk e.V.).

Überlegungen zur Erreichung der Öffentlichkeit sowie der von Diskriminierung betroffenen Personen sind Teil der laufenden konzeptionellen Aufbauarbeiten. Schon in der laufenden Konzeptionierungsphase liegt daher ein Schwerpunkt in der Netzwerk- und Vertrauensarbeit zu den jeweiligen Communities.

Für die Aufbauphase ist ein Zeitraum von zwölf Monaten vorgesehen. Eine mögliche Betriebsaufnahme ist einem gesonderten Verfahren vorbehalten. Nach einer Betriebsaufnahme ist eine jährliche Berichterstattung vorgesehen. Wie diese künftig aussehen könnte, ist beispielhaft auf der Internetseite der Meldestelle Antisemitismus für diesen Bereich einzusehen.

Für den Zeitraum der Aufbauarbeiten sind befristete Stellen eingerichtet worden: Im Themenfeld „Queerfeindlichkeit“ wurde eine Stelle mit einem VZÄ (Vollzeitäquivalent) besetzt. Im Bereich „anti-Schwarzen, antiasiatischer und weitere Formen von Rassismus“ sind zwei Mitarbeitende mit je 0,5 VZÄ und zwei mit je 0,25 VZÄ eingestellt worden. Im Bereich „antimuslimischer Rassismus“ wurden zwei Stellen mit je 0,5 VZÄ und eine Stelle mit 0,75 VZÄ besetzt. Im Bereich „Antiziganismus“ ist eine Stelle mit einem VZÄ und eine weitere Stelle mit 0,5 VZÄ eingerichtet worden.